



Offener Brief an Manfred Grund

24.02.2009

Sehr geehrter Herr Grund,

das vorliegende Entwurfspapier zum Energieeffizienzgesetz darf in dieser Form den deutschen Bundestag nicht passieren. Abgesehen davon, dass das Bundesministerium für Justiz einige Passagen bereits jetzt für verfassungswidrig hält und das Wirtschaftsministerium ganze Absätze nicht mitträgt, ist dieser Entwurf nur für eines Garant - Kostensteigerungen die wieder doppelt auf die Bevölkerung, als Steuerzahler und Endverbraucher, zukommen.

Die neue bürokratische Pflanze, die das Licht der Behördenwelt erblicken soll, wird mit rund **1.025.000** Euro für 2009 veranschlagt – natürlich eine lächerliche Summe angesichts der Milliarden die in den letzten Wochen in bodenlose Fässer geworfen wurden – aber man geht ja auch nur von einer Personalstruktur von 3 Mitarbeitern aus – wie die drei Leute die Aufgaben der Datenauswertung und -prüfung, der Berichterstattung und Maßnahmenentwicklung schaffen sollen...aber Sie wissen ja, man will aufstocken, wenn die Erfahrungen vorliegen – aus einer Million werden also bald 10 Millionen und mehr werden.

Die Mehrkosten für die Energieversorger – nicht zuletzt durch die Informations- und Meldepflichten werden gegenwärtig auf etwa 380.000Euro geschätzt, die sie auf die Verbraucher jährlich umlegen können. Darin sind natürlich weder die Kosten für neue Abrechnungssysteme in den Unternehmen (Hard- und Software) noch die Kosten für den Austausch bzw. die Preise für neue Ables- und Zähleinrichtungen enthalten, die ebenfalls wieder auf die Endkunden umgelegt werden.

Herr Grund, Sie waren lange Jahre in der Energiewirtschaft tätig, Ihre eigenen Erfahrungen setzen Sie sicherlich in den Stand, die praktischen Auswirkungen des vorliegenden Papiers in diesem Bereich beurteilen zu können. Ich fordere Sie daher auf, dem Entwurf nicht zuzustimmen und Ihr Wissen einzusetzen diesen bürokratischen Unsinn in ein Gesetz umzuwandeln, dass dem Anspruch des Klimaschutzes gerecht wird, auch wenn Sie nicht im Umweltausschuss des Bundestages sind.

Das sind Sie denen schuldig, die Sie 2005 gewählt haben. Übernehmen Sie Verantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Klaschka
Bundestagsdirektkandidat der FDP im Wahlkreis 189

Kreisverband Nordhausen

Telefon: 03631-982289

Telefax: 03631-983996

e-mail: FDP-Nordhausen@fdp.de

Internet:

www.fdp-thueringen.de/nordhausen

Andreas Klaschka

Direktkandidat im Wahlkreis 189
Listenplatz 5

Persönlich:

Kirchberg 26

99734 Nordhausen

Telefax 03631 894928

E-Mail-Adresse:

andreas.klaschka@gmx.net